



## WESTERWELLE-Interview für die "Saarbrücker Zeitung"

WESTERWELLE-Interview für die "Saarbrücker Zeitung" Berlin. Das FDP-Präsidiumsmitglied Bundesaußenminister DR. GUIDO WESTERWELLE gab der "Saarbrücker Zeitung" (Freitag-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte WERNER KOLHOFF: <br />Frage: Zu Beginn des Jahres waren Sie in Kairo und trafen den jetzigen Präsidenten Mursi. Wie sehen Sie die Entwicklung heute? <br />WESTERWELLE: Ägypten ist und bleibt das Schlüsselland für die arabische Revolution. Leider ist die Demokratie noch nicht errungen; die Lage bleibt fragil. <br />Frage: Ist das, was Mursi macht, ein Putschversuch der islamistischen Kräfte? <br />WESTERWELLE: Ich möchte unsere Einwirkungsmöglichkeiten nicht beschränken. Ich habe der ägyptischen Regierung und Präsident Mursi mehrfach deutlich gemacht, wie wichtig Pluralität und religiöse Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung für die Demokratie sind. <br />Frage: Naht der Punkt, an dem der Westen die Kooperation mit Mursi aufkündigen muss? <br />WESTERWELLE: Diese Diskussion führen wir nicht. Wir wollen genau eine solche Situation vermeiden, und deshalb reden wir mit der Regierung und mit der Opposition. Der Verfassungsprozess war dazu gedacht, das Land nach der Revolution wieder zu einen. Nicht es zu spalten. Das sollte Präsident Mursi beachten. <br />Frage: Auch in anderen arabischen Ländern ist jetzt der Druck der Islamisten groß. Endet der arabische Frühling mit dem Triumph der religiösen Kräfte? <br />WESTERWELLE: Wenn darunter islamisch-demokratische Parteien zu verstehen sind, ist das völlig in Ordnung. Es war ja auch nicht damit zu rechnen, dass aus der arabischen Revolution christdemokratische Regierungen erwachsen würden. Wenn es sich aber um Kräfte handelt, die eine Ideologie der Intoleranz mit Machtanmaßung und Gewalt durchsetzen wollen, dann wird es gefährlich. Die Entwicklungen verlaufen in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich. Ich rate von allzu schnellen Urteilen ab: Jedes Land ringt - politisch, gesellschaftlich und sozial - mit seinem Weg in die Moderne. Wir sollten die Kräfte auch nicht unterschätzen, die in den Revolutionen Anfang 2011 freigesetzt worden sind. <br />Frage: Wie lange wird das Blutvergießen in Syrien noch dauern? <br />WESTERWELLE: Das kann niemand vorhersagen. Ich muss leider noch mehr bestürzende Berichte über die Kriegshandlungen lesen, als in den Zeitungen stehen. Deshalb hoffe ich, dass das Leiden möglichst bald durch einen demokratischen Neubeginn beendet wird. Jedenfalls mehren sich die Anzeichen einer Erosion des Assad-Regimes. <br />Frage: Obwohl die Region ohnehin schon ein Pulverfass ist, liefert Deutschland massiv Waffen dorthin. Nach Saudi-Arabien, Katar, natürlich auch nach Israel. Kann das richtig sein? <br />WESTERWELLE: Diese von der Opposition angezettelte Debatte irritiert mich in zweierlei Hinsicht. Erstens sind die Beratungen des Bundessicherheitsrates schon seit Jahrzehnten geheim. Aus gutem Grund, denn es geht um hochsensible Sicherheitsinteressen. Und zum anderen beruhen große Waffenlieferungen, die derzeit erfolgen, noch auf Aufträgen und politischen Entscheidungen aus der Zeit vorheriger Regierungen. <br />Frage: Die Diskussion ist auch dadurch entstanden, dass Angela Merkel den Eindruck erweckt hat, sie schicke lieber Waffen als Soldaten. Man nennt das die Merkel-Doktrin. <br />WESTERWELLE: Es gibt keine solche Doktrin. Es bleibt bei der restriktiven Rüstungsexportpolitik Deutschlands und vor allem bei der von mir verantworteten Außenpolitik einer Kultur der militärischen Zurückhaltung. <br />Frage: Spaltet das Geld Europa? <br />WESTERWELLE: Nein, aber Europa ist zum ersten Mal in einer wirklichen Bewährungsprobe. Bisher war Europa immer eine Win-Win-Situation für alle. Jetzt muss sich zum ersten Mal Solidarität bewähren. <br />Frage: Gegen Deutschland wird in vielen Ländern polemisiert. Viele Deutsche empfinden das nicht gerade als sehr dankbar. <br />WESTERWELLE: Wenn in Griechenland ein Demonstrant ein Bild hochhält, das Angela Merkel diffamiert, dann ist das doch nicht Griechenland oder die Meinung der Griechen. Dort gab es gerade Wahlen mit einer Bestätigung der proeuropäischen Kräfte. Ebenso in den Niederlanden. <br />Frage: Ist Berlusconi denn Italien? Er macht einen antideutschen Wahlkampf. <br />WESTERWELLE: Wir werden uns als deutsche Regierung nicht in den italienischen Wahlkampf einmischen. Allerdings muss eines klar sein: Die Reformpolitik in Italien muss fortgesetzt werden. Im Interesse Italiens und seiner Gesundung, aber auch im Interesse Europas und unserer gemeinsamen Stabilität. Deutschland und Europa haben die Probleme in Italien nicht verursacht. Das waren andere, nämlich auch Verantwortungsträger in Italien, die den Reformnotwendigkeiten in der Vergangenheit nicht nachgekommen sind. <br />Frage: Das ist sehr verklausuliert formuliert. <br />WESTERWELLE: Nein, diplomatisch. <br />Frage: Wurde die Euro-Rettung vielleicht zu wenig erklärt? <br />WESTERWELLE: Natürlich erinnern die Begriffe, die wir in der Europapolitik derzeit benutzen, fast schon an Apothekersprache: ESM, EFSF, Fiskalpakt, Sixpack - Kaum ein Bürger wird das alles komplett verstehen können. Trotzdem spüren die Menschen, dass die Bewältigung der Schuldenkrise bei dieser Bundesregierung in guten Händen ist. Es gibt ein Grundvertrauen in unsere Strategie und Kompetenz, und das ist auch gerechtfertigt. <br />Frage: Ist es angesichts der Entwicklung im arabischen Raum geraten, die Türkei schneller an Europa heranzuführen als bisher? <br />WESTERWELLE: Ein schneller EU-Beitritt wird von der Türkei gar nicht verlangt. Was sie aber zu Recht fordert, ist Fairness, Zuverlässigkeit und Respekt bei den Verhandlungen. Die Türkei hat im letzten Jahrzehnt eine atemberaubende Erfolgsgeschichte geschrieben. Und dass sie eine Brücke in die islamisch geprägte Nachbarschaft Europas bilden kann, wird durch die Entwicklungen immer deutlicher. Wir Europäer sollten das erste Halbjahr 2013 nutzen und mit den Verhandlungen über weitere Kapitel beginnen. Sonst kann es uns leicht passieren, dass wir bald mehr Interesse an der Türkei haben, als die Türkei an uns. <br /><br />Pressedienst der Freien Demokratischen Partei <br />Reinhardtstr. 14 <br />10117 Berlin <br />Tel: (0 30) 28 49 58 - 41 / - 43 <br />Fax: (0 30) 28 49 58 - 42 <br />e-mail: presse@fdp.de <br />Internet: www.fdp.de <br />Verantwortlich: <br />Wulf Oehme <br />Sprecher der FDP <br />Tel: (030) 28 49 58 41 <br />

### Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

presse@fdp.de

### Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die

Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitlich-staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.